

**Comparative Studies
in Continental and Anglo-American Legal History**

**Vergleichende Untersuchungen zur kontinentaleuropäischen
und anglo-amerikanischen Rechtsgeschichte**

Band 23

Rechtsfähige Stiftung und Charitable Corporation

Von

Andreas Richter



Duncker & Humblot · Berlin

ANDREAS RICHTER

Rechtsfähige Stiftung und Charitable Corporation

**Comparative Studies
in Continental and Anglo-American Legal History**
Vergleichende Untersuchungen zur kontinentaleuropäischen
und anglo-amerikanischen Rechtsgeschichte

Herausgegeben von

Helmut Coing (†), Richard Helmholz, Knut Wolfgang Nörr
und Reinhard Zimmermann

Band 23

Rechtsfähige Stiftung und Charitable Corporation

Überlegungen zur Reform des deutschen Stiftungsrechts
auf der Grundlage einer historisch-rechtsvergleichenden
Untersuchung der Entstehung des modernen deutschen
und amerikanischen Stiftungsmodells

Von

Andreas Richter



Duncker & Humblot · Berlin

Gedruckt mit Unterstützung der Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Richter, Andreas:

Rechtsfähige Stiftung und Charitable Corporation : Überlegungen zur Reform des deutschen Stiftungsrechts auf der Grundlage einer historisch-rechtsvergleichenden Untersuchung der Entstehung des modernen deutschen und amerikanischen Stiftungsmodells / Andreas Richter. – Berlin : Duncker und Humblot, 2001

(Comparative studies in continental and Anglo-American legal history ; Bd. 23)

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2000

ISBN 3-428-10390-4

Alle Rechte vorbehalten

© 2001 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Selignow Verlagsservice, Berlin

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-1167

ISBN 3-428-10390-4

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Vorwort

Diese Arbeit hat der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg im Sommersemester 2000 als Dissertation vorgelegen. Mein Dank gilt an erster Stelle meinem verehrten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Reinhard Zimmermann, der mein Interesse für die historische Rechtsvergleichung geweckt und die Arbeit angeregt und betreut hat. Herrn Professor Zimmermann habe ich überdies für die langjährige und vielfältige Förderung zu danken. Für die Betreuung meiner Forschungsarbeit an der Yale Law School danke ich den Professoren Henry Hansmann und John Simon. Besonderen Dank schulde ich auch meinem Director of Studies am Trinity College, Tony Weir.

Für langjährige ideelle und finanzielle Förderung bin ich der Studienstiftung des deutschen Volkes und dem Trinity College in Cambridge zu Dank verpflichtet. Der Arbeitskreis Wirtschaft und Recht ermöglichte mit einem Promotionsstipendium die Fertigstellung der Arbeit. Für die Befürwortung dieses Stipendiums danke ich Herrn Professor Bernd Rütters, an dessen Lehrstuhl ich mit großem Gewinn arbeiten durfte. Die Gerda Henkel Stiftung hat mir durch die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses geholfen. Die Arbeit wurde mit dem Kulturpreis Ostbayern ausgezeichnet.

Mein Cousin Peter Focke hat die Mühe des Korrekturlesens auf sich genommen. Auch ihm gebührt dafür mein herzlicher Dank. Nicht zuletzt danken möchte ich insbesondere meinen Freunden in Berlin, die mich auf allen Höhen und Tiefen des Entstehungsweges dieser Untersuchung begleitet haben, ganz besonders aber Anja Mengel, Kathrin Wissmann, Duco Adema und Rainer Velte.

Schließlich möchte ich meinen Eltern für die jahrelange Unterstützung und das fortdauernde Interesse an meiner Ausbildung danken. Ihnen widme ich die Arbeit.

Berlin, im Frühjahr 2001

Andreas Richter

Inhaltsübersicht

Einleitung	29
A. Die Entstehung des modernen Stiftungsmodells in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert	40
B. Das amerikanische Stiftungsmodell des frühen 19. Jahrhunderts im Vergleich	139
C. Ein historischer Vergleich von Verwaltungsmodell und Treuhandmodell auf der Ebene von Rechtsdogmatik und Rechtssystematik	237
D. Überlegungen zur Weiterentwicklung und Reform des deutschen Stiftungsrechts ...	340
E. Gesamtergebnis	442
Literaturverzeichnis	454
Personenverzeichnis	492
Sachverzeichnis	496

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	29
I. Die aktuelle Diskussion über eine Reform des Stiftungsrechts	29
II. Die Reformdebatte	30
1. Die Reformdebatte in der Folge des 44. Deutschen Juristentages	30
2. Aktuelle Reformentwürfe	31
III. Das anglo-amerikanische Stiftungswesen als Vorbild	32
IV. Historische Rechtsvergleichung als Beitrag zur Reformdebatte	33
1. Der historische Ursprung des geltenden Stiftungsmodells	33
2. Die Bedeutung der historischen Rechtsvergleichung	34
3. Der Begriff der „foundation“ im amerikanischen Recht	35
V. Das amerikanische Stiftungsrecht als Vergleichsgegenstand	36
VI. Der Gang der Untersuchung	38
A. Die Entstehung des modernen Stiftungsmodells in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert	40
I. Einleitung	40
1. Der Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert: Eine Phase des Umbruchs ...	40
2. Die Bedeutung der Historischen Rechtsschule	41
3. Die Gegenüberstellung von Korporation und Stiftung	42
4. Der Gang der Untersuchung	43
II. Die gemeineuropäischen Wurzeln des Stiftungsrechts	47
III. Die Privilegien der <i>piae causae</i>	48
IV. Der Städelfall	49
1. Die Bedeutung des Städelfalls	50
2. Savignys Beurteilung des Städelfalls	53
V. Savignys Ordnungsschema der juristischen Personen	54
1. Savignys Ablehnung der naturrechtlichen Personenlehre	54
2. Die natürlichen Personen in Savignys Personenlehre	57
3. Die juristischen Personen in Savignys Personenlehre	57
a) Die Einteilung in natürliche und willkürliche juristische Personen	58
b) Die symmetrische Gegenüberstellung von Stiftungen und Korporatio-	
nen	59
4. Die Fortdauer der Bedeutung dieses Ordnungsschemas bis in das moderne	
Privatrecht	59
VI. Savignys Konzeption der Stiftung im Vergleich zu Mühlentruchs Ansatz ...	61
1. Mühlentruchs Unterscheidung von <i>pia corpora</i> und anderen Stiftungsty-	
pen	62
2. Von den <i>pia corpora</i> zum Rechtsinstitut der Stiftung	65
3. Die Konturen des Rechtsinstituts Stiftung bei Savigny	67
VII. Savignys systematischer Ansatz	68
1. Die Stiftung als Rechtsinstitut	70

2. Savignys Verständnis des römischen Rechts	73
3. Die Vielschichtigkeit des Savignyschen Ansatzes	75
VIII. Das anstaltliche Verständnis der Stiftung	76
1. Vorüberlegungen zum Anstaltsbegriff	76
a) Zum Verhältnis von Mitgliedschaft und Anstaltlichkeit	76
b) Der Anstaltsbegriff nach Max Weber	79
2. Die Entstehung des Anstaltsstaates	80
3. Die Veranstaaltlichung und Verstaatlichung der intermediären Gewalten ...	81
IX. Das Stiftungsrecht im Spannungsverhältnis von öffentlichem und privatem Recht	84
1. Vorüberlegungen zur Funktion der Trennung von öffentlichem und privatem Recht	84
a) Veränderungen im Verständnis des Verhältnisses von öffentlichem und privatem Recht am Ausgang des 18. Jahrhunderts	84
b) Die Relevanz der Fragestellung im Hinblick auf das geltende Recht ...	85
2. Der einheitliche Personenbegriff	87
3. Der Zugang zu den Gerichten	89
4. Savignys Einstellung zu den Vorgaben des Staats- und Verwaltungsrechts .	90
5. Die gegenständliche Begrenzung des Privatrechts	91
X. Das Verhältnis von Stiftung und Korporation	92
1. Vorüberlegungen zur Bedeutung der Abgrenzung von Stiftung und Korpo- ration	92
2. Savignys formaler Korporationsbegriff	93
3. Savignys anstaltlicher Korporationsbegriff	95
4. Die Verfolgung von Stiftungszwecken in der Rechtsform der Korporation	97
XI. Savignys unterschiedliche Beurteilung von Vereins- und Stifterfreiheit	99
1. Vorüberlegungen zur Vereins- und Stifterfreiheit	99
a) Die Freiheit des Individuums als Ausgangspunkt der Personenlehre Sa- vignys	99
b) Der Übergang von der Korporation zur Assoziation	100
2. Savignys Ablehnung der Vereinsfreiheit	102
3. Die engen Grenzen der Stifterfreiheit	104
a) Der Schutz vor dem Zugriff auf Stiftungsvermögen durch die Korpora- tionen	104
b) Die Ambivalenz des Genehmigungsvorbehalts	105
c) Savignys Begründung des Genehmigungsvorbehalts	106
d) Die reale Entwicklung in Preußen als möglicher Hintergrund der Savi- gnyschen Lehre	108
e) Die Aufsicht über die Stiftungen	109
XII. Der Beitrag der frühen Genossenschaftstheorie	110
1. Die Vereinseuphorie der frühen Genossenschaftstheoretiker und der Vor- märzliberalen	111
2. Die Übernahme des Savignyschen Ordnungsschemas	112
a) Einflüsse von Savignys Personenlehre auf Beseler	113
b) Dogmatische Schwächen bei der Behandlung der <i>hereditas iacens</i>	114
3. Der Autonomiegedanke	115
a) Die Bedeutung der Autonomie für das Personenrecht	115

b) Die Analogie von wohltätiger Stiftung und Fideikommiß	116
c) Bleibende Einflüsse der Beselerschen Lehre	117
XIII. Die Rezeption des Savignynschen Stiftungsmodells	119
1. Einflüsse auf die Rechtslehre und Rechtspraxis in Deutschland	119
2. Die internationale Rezeption der Lehre von der rechtsfähigen Stiftung	121
XIV. Das Stiftungsrecht in der Kontinuitätslinie des Verwaltungsmodells	122
1. Das Verwaltungsmodell	122
a) Die rechtsfähige Stiftung als Sonderrechtsinstitut	122
b) Das Stiftungswesen unter der Kontrolle der öffentlichen Verwaltung ..	124
2. Das Verwaltungsmodell als Grundlage der stiftungsrechtlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches	124
a) Die rudimentäre Regelung des Stiftungsrechts im BGB	124
b) Die Vorbehalte gegenüber der Stifterfreiheit	126
c) Das Vertrauen in die Exekutive	126
d) Die fehlende Unterteilung in Stiftungen privaten und öffentlichen Rechts	128
3. Kontinuität und Diskontinuität des Verwaltungsmodells	130
a) Das Verhältnis von Privatautonomie und Stifterfreiheit	131
b) Die Genehmigungspraxis der Stiftungsbehörden	131
c) Die Reduzierung des Stiftungswesens auf eine Hilfsfunktion für den Staat	133
d) Das Stiftungsrecht als Praxisrecht	134
XV. Zwischenergebnis	135
B. Das amerikanische Stiftungsmodell des frühen 19. Jahrhunderts im Vergleich .	139
I. Einleitung	139
1. Die amerikanische Rechtskultur zur Jahrhundertwende: <i>The Grand Style</i> ..	139
2. Der Gang der Untersuchung	141
II. Günstige Voraussetzungen für ein blühendes Stiftungswesen	143
1. Die Gemeinwohlverantwortung im Verhältnis von Staat und Gesellschaft .	143
2. Die protestantische Ethik	144
3. Die Wahl zwischen dem englischen und dem kontinentaleuropäischen Recht	145
III. Das englische Stiftungsrecht	145
1. Die Loslösung Englands von der gemeineuropäischen Tradition	145
2. Die frühe Verweltlichung des englischen Stiftungsrechts	146
3. Der Elizabethan Statute of Charitable Uses 1601	148
IV. Der <i>charitable trust</i> als besondere Ausprägung des englischen Equity-Rechts	149
1. Das Equity-Recht	149
2. Der <i>trust</i>	151
3. <i>Private trust</i> und <i>charitable trust</i> im Vergleich	152
4. Der <i>charitable trust</i> als Rechtsinstitut	153
V. Die amerikanische Konzeption: Vom <i>charitable trust</i> zur <i>charitable corpora-</i> <i>tion</i>	154
1. Die Dominanz der Körperschaft im amerikanischen Gesellschaftsrecht ...	155
2. Amerikanische Vorbehalte gegenüber der Equity-Gerichtsbarkeit und dem Equity-Recht	156
a) Vorbehalte gegenüber dem weiten richterlichen Ermessen	158

b)	Das unklare Verhältnis von <i>common law</i> und Equity	160
c)	Die unübersichtliche Equity-Dogmatik	162
d)	Rationalisierung als Antwort auf „zopfige Relikte des Mittelalters“ ...	163
3.	Die Auseinandersetzung um den <i>charitable trust</i>	164
a)	Ein amerikanischer Parallelfall zum Städelfall: Trustees of Philadelphia Baptist Association v. Hart's Executors	166
b)	Justice Baldwins Urteil zur Rechtsgeschichte des <i>charitable trust</i>	166
c)	Die Auseinandersetzung um den Nachlaß von Stephen Girard	168
d)	Von Philadelphia Baptist Association zu Girard's Will	170
4.	Die Vorteile der Inkorporation von Stiftungskörperschaften	171
5.	Die <i>charitable corporation</i> als inkorporierter <i>trust</i>	173
a)	Die <i>corporate charters</i> von <i>charitable corporations</i>	173
b)	Die treuhänderische Bindung von <i>trustees</i> und Mitgliedern	174
c)	Die <i>corporation als trustee</i> ?	175
VI.	Das Verhältnis von amerikanischem und englischem Stiftungsrecht	176
1.	Die Fortführung der Traditionslinie des englischen Rechts	176
2.	Die Begrenzung der <i>cy-près</i> -Doktrin und die Verschiebung zu mitgliederschäftlichen Organisationsformen	177
3.	Treuhandenschaft als materiell-rechtliches Leitmotiv des anglo-amerikanischen Stiftungsrechts	179
VII.	Die „Privatisierung“ des Stiftungswesens in den Vereinigten Staaten	180
1.	Die Einteilung in privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Stiftungskörperschaften	180
2.	Die soziale und religiöse Heterogenität	181
3.	Die Trennung von Staat und Kirche	182
4.	Die Emanzipation des Bildungsbereiches	182
5.	Die Bedeutung von Stiftungsvermögen	183
6.	Ein weites Verständnis der Stifterfreiheit	184
VIII.	Die verfassungsrechtliche Absicherung der privatrechtlichen Stiftungen in den Vereinigten Staaten	185
1.	Die Bedeutung der Grundrechte für das Stiftungsrecht	186
2.	Der <i>Dartmouth College</i> -Fall	187
3.	Der Beitrag von Justice Story	190
4.	Die Verbindung der privatrechtlichen Lehre von der Rechtspersönlichkeit mit den Grundrechten	193
IX.	Die zeitgleiche Entwicklung einer rechtsfähigen Stiftungsform im deutschen und amerikanischen Recht: Gegenseitiger Einfluß oder parallele Entwicklung?	194
1.	Die juristischen Personen als Fiktionen bei Savigny	194
2.	Ein Vergleich mit Savignys formalem Ordnungsschema der juristischen Personen	196
3.	Einflüsse des sonstigen kontinentaleuropäischen Rechts?	198
X.	Das Stiftungsrecht als Teil der Rechtslehre im deutschen Recht und als Teil des Richterrechts im amerikanischen Recht	201
1.	Unterschiede im Verfahrensrecht	201
a)	Die Begrenzungen des gemeinrechtlichen Prozesses	201
b)	Das Equity-Verfahren	202

2. Die unterschiedliche Rolle der Rechtsprechung	204
3. Der Gegensatz von Richterrecht und Professorenrecht	206
XI. Deutsche und amerikanische Rechtshonoratioren im frühen 19. Jahrhundert .	208
1. Savignys konservativ-ständische Rechtslehre	208
2. Die Rolle der führenden amerikanischen Juristen in einer parlamentarischen Demokratie	209
3. Die Universität als Wirkungsstätte von Story und Savigny	211
4. Savignys Bedeutung für die amerikanische Rechtswissenschaft in der zwei- ten Hälfte des 19. Jahrhunderts	212
XII. Die Veränderungen in Stiftungswesen und Stiftungsrecht vor dem Hintergrund der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft	212
1. Das Problem der Dekorporierung der Gesellschaft	213
2. Kants Beurteilung des Stiftungswesens	215
3. Die Besonderheit der amerikanischen Entwicklung	216
4. Die Rolle des preußischen Verwaltungsstaates	217
XIII. Das amerikanische Stiftungsrecht in der Kontinuitätslinie des Treuhandmo- dells	218
1. Das Treuhandmodell	218
a) Die Anerkennung der Stifterfreiheit und Stiftungsfreiheit in Privat- und Verfassungsrecht	218
b) Stiftungen als Kapitalsammelstellen für öffentliche Zwecke	220
c) Die Einteilung in Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts .	222
2. Kontinuität und Diskontinuität des Treuhandmodells	222
a) Die Konzentration auf die privatrechtlichen Fragestellungen	222
b) Von der <i>charitable corporation</i> zur <i>public benefit corporation</i>	225
c) Eine einheitliche Stiftungsaufsicht für <i>charitable trusts</i> und <i>public be- nefit corporations</i>	226
d) Das Verhältnis von <i>charitable trust</i> und <i>public benefit corporation</i>	228
e) Die Mitgliedschaft in einer Stiftungskörperschaft nach dem geltenden amerikanischen Recht	229
f) Das Stiftungswesen im Bewußtsein der amerikanischen Öffentlichkeit	231
XIV. Zwischenergebnis	233
C. Ein historischer Vergleich von Verwaltungsmodell und Treuhandmodell auf der Ebene von Rechtsdogmatik und Rechtssystematik	237
I. Einleitung	237
1. Stiftung und vertragsrechtliches Grundmodell	237
2. Stiftung und körperschaftliches Grundmodell	239
3. Privatrechtlicher Interessenausgleich und bürgerliche Stiftungskultur	240
4. Der Gang der Untersuchung	240
II. Verwaltungsmodell und Treuhandmodell in der stiftungsrechtlichen Dogma- tik	242
1. Die Stellung der Stiftungsorgane	243
a) Naturrechtliche Grundlagen	243
b) Die Stiftungsorgane in Savignys Personenlehre	244
c) Die Behandlung von Interessenkonflikten	246
d) Die Rolle der Stiftungsorgane im amerikanischen Recht	247
e) Der Amtscharakter der <i>trustee</i> -Stellung	248

2. Stiftungsaufsicht und <i>visitatorial jurisdiction</i>	250
a) Die Stiftungsaufsicht im Zeichen der Sozialdisziplinierung	250
b) Der Übergang von der kirchlichen zur staatlichen Aufsicht	251
c) Das Visitationsrecht im anglo-amerikanischen Recht	252
d) Die Entwicklung stiftungsinterner Kontrollgremien am Beispiel der amerikanischen Universitäten	254
3. Die Verwaltung des Stiftungsvermögens	255
a) Die prudent-investor-Regel	256
b) Die Vermögensverwaltung im deutschen Stiftungsrecht	257
III. <i>Charitable trust</i> und <i>charitable corporation</i> als treuhandrechtliche Rechtsinstitute	260
1. Der <i>trust</i> als universell verwendbares Treuhandinstitut	261
2. Der <i>trust</i> als treuhänderisches Rechtsverhältnis im englischen Recht	262
3. Das Rechtsinstitut des <i>trust</i> und das Organisationsrecht	263
a) Keine Diskussion über die Rechtsnatur der juristischen Person im anglo-amerikanischen Recht	263
b) <i>Trust</i> und Trennungsprinzip	265
4. Das Rechtsinstitut des <i>trust</i> und das Obligationenrecht	266
IV. Der Weg in die Abstraktion: Savignys Zwecktheorie	269
1. Rechtsverhältnisse im naturrechtlichen Stiftungsrecht	269
2. Die Historische Rechtsschule und das Treuhandrecht	269
3. Die Zwecktheorie	271
a) Savignys abstrakter Stiftungsbegriff	271
b) Veranschaulichung dieses Begriffes am Beispiel eines Hospitals	272
c) Grundlagen bei Mühlenbruch	273
4. Die Sonderrolle des Rechtsinstituts der Stiftung	273
a) Die Bedeutung des Rechtsverhältnisses für das Obligationenrecht	274
b) Die Bedeutung des Rechtsverhältnisses für das Organisationsrecht	275
c) Das Fehlen eines Rechtsverhältnisses im Stiftungsrecht	275
5. Von einer theologisch-metaphysischen und korporativ-metaphysischen zu einer idealistisch-metaphysischen Erklärung der Rechtssubjektivität	277
a) Die Bedeutung von Fiktionen im Stiftungsrecht	277
b) Die theologisch-metaphysische Erklärung der Rechtssubjektivität	278
c) Die „korporativ-metaphysisch[e]“ Erklärung der Rechtssubjektivität	279
d) Der Übergang zu einer metaphysisch-idealistischen Erklärung der Rechtssubjektivität	280
V. Rechtssystematische Gründe für die Annahme der Rechtsfähigkeit der Stiftungen	282
1. Die Bedeutung des Pandektensystems	283
2. Die Trennung des Vermögensrechtes in Sachenrecht und Obligationenrecht	286
a) Die Trennung obligatorischer und dinglicher Rechte	286
b) Die Abstraktion des dinglichen Vertrages	287
3. Der Wandel des Eigentumsbegriffes	288
a) Der duale Eigentumsbegriff des Feudalismus	288
b) Der Einfluß der Pandektistik	289
c) Die Umsetzung des einheitlichen Eigentumsbegriffes	291

4. Das Problem der Einordnung der Rechtsinstitute mit geteilter dinglicher Be- rechtigung	292
a) Die Vermögensfähigkeit der juristischen Personen	292
b) Die Einordnung der <i>hereditas iacens</i>	293
c) Die Einordnung des Familienfideikommisses	296
d) Die Einordnung der Stiftung	298
(1) Naturrechtliche Grundlagen	298
(2) Die Bedeutung der <i>hereditas iacens</i> für den Begriff der rechtsfä- higen Stiftung	299
(3) Die Bedeutung des <i>numerus clausus</i> der Sachenrechte	300
(4) „Stiftungen“ auf rein schuldrechtlicher Grundlage	301
5. Das Stiftungsrecht im Pandektensystem	302
VI. Rationalitätsgewinne gegenüber dem naturrechtlichen Stiftungsrecht im frü- hen 19. Jahrhundert	303
1. Überlegungen zur Wahl des Beurteilungsstandpunkts	303
2. Der Fortbestand des naturrechtlichen Erbes im englischen Stiftungsrecht aufgrund des Einflusses des kanonischen Rechts	305
a) Die epochenverschobene Verweltlichung des englischen Stiftungs- rechts	305
b) Die Bedeutung des kanonischen Rechts für die Entwicklungsgeschichte des <i>trust</i>	306
3. Rechtssystematische Modernisierungserfolge im deutschen Privatrecht und Modernisierungsdefizite im englischen Recht	308
a) Das Liegenschaftsrecht	309
b) Die Trennung von Schuldrecht und Sachenrecht	310
c) Das ungeklärte Verhältnis von Equity und <i>common law</i>	310
d) Keine umfassende Systematisierung des englischen Rechts	311
e) Der Streit um die Qualifizierung des rechtlichen Interesses des <i>benefi- ciary</i>	312
VII. Der Übergang zu einer rechtsfähigen Erscheinungsform der Stiftung im deut- schen und amerikanischen Recht des frühen 19. Jahrhunderts	314
1. Die amerikanische Leistung: Rationalisierung des naturrechtlichen Stif- tungsrechts bei Wahrung der treuhandrechtlichen Ausrichtung des Stif- tungsrechts	314
2. Die Vorteile der Anerkennung der Stiftungen als juristische Personen	314
3. Beispiele für die mit dem Begriff der juristischen Person gewonnene recht- liche Gestaltungsfreiheit	315
4. Die Anerkennung der rechtsfähigen Stiftung: Ein „Irrweg“ der stiftungs- rechtlichen Dogmatik?	316
a) Die zeithistorischen Umstände der von Pleimes formulierten Kritik ...	317
b) Zweifel an der Leistung der Historischen Rechtsschule	318
c) Die Eigendynamik des neuen Stiftungsbegriffes	318
VIII. Von der Zwecktheorie zur Willentheorie: Entwicklungstendenzen in der zwei- ten Hälfte des 19. Jahrhunderts	319
1. Der Stifterwille als neuer Bezugspunkt des Rechtsinstituts der Stiftung ...	320
2. Die Stiftung als „Privateigentum“	322
3. Die Gegenüberstellung von Stiftung und Korporation	324

4. Die Entstehung der Willenstheorie	325
5. Keine Rückkehr zum Verständnis der Stiftung als Rechtsverhältnisordnung	327
a) Stiftungsrechtliche Popularklagen bei Jhering	327
b) Windscheids Lehre vom Anspruch	328
c) Stiftungsrechtliche Popularklagen im anglo-amerikanischen Recht	329
6. Die Bedeutung der Lehre von der Autonomie des Stifters	329
7. Der Konflikt zwischen Stiftung und Staat	332
a) Die zulässigen Stiftungszwecke	332
b) Die Anpassung der Stiftungszwecke	332
8. Rechtsmethodische Probleme	333
IX. Zwischenergebnis	335
D. Überlegungen zur Weiterentwicklung und Reform des deutschen Stiftungsrechts	340
I. Einleitung	340
1. Ziele und Grenzen des vierten Teils der Arbeit	340
2. Das doppelte Erbe des 19. Jahrhunderts	341
a) Das Verwaltungsmodell	342
b) Die Bedeutung des Stifterwillens	342
3. Der Versuch einer Bestandsaufnahme des geltenden Stiftungsrechts	343
a) Die umfangreiche Gestaltungsfreiheit des Stifters	343
b) Behördenermessen als Korrektiv der Gestaltungsfreiheit des Stifters ..	345
c) Die Genehmigungsgescheidung als Kristallisationspunkt der Abstimmung von Gestaltungsfreiheit des Stifters sowie den Interessen von Staat und Rechtsverkehr	345
d) Die Gemengelage von Bundes- und Landesrecht	347
4. Die Spannungslage von Stifterfreiheit und Verwaltungsmodell	348
5. Der Gang der Untersuchung	349
II. Überlegungen zum Schutzzweck des Rechtsinstituts der gemeinwohlfördernden Stiftung	350
1. Die Bedeutung zwingender Vorschriften für das Stiftungsrecht	350
2. Die Lehre vom Vertragsversagen	351
a) Die Bedeutung des Ausschüttungsverbots	352
b) Fallgruppen des Vertragsversagens	353
(1) Leistungen an unbekannte Dritte	353
(2) Komplexe Dienstleistungen	354
(3) Die Bereitstellung öffentlicher Güter	354
c) Der Begriff der Idealorganisationen	356
(1) Idealorganisationen kraft Rechtsform	356
(2) Idealorganisationen kraft Rechtsgestaltung	357
3. Der Schutzzweck des Rechtsinstituts der gemeinwohlfördernden Stiftung ..	358
a) Abgeschwächte Varianten der Zweckbindung des Vermögens bei den Ersatzformen der Stiftung	358
b) Die Zweckbindung des Vermögens bei der rechtsfähigen Stiftung	359
(1) Der Schutz des individuellen Stifters: ein statisches Stiftungsverständnis	359

(2) Der Schutz der Gründer und späterer Zustifter: ein dynamisches Stiftungsverständnis	360
(3) Die Treuhandtheorie	361
(4) Beispiel: Die Vermögensverwaltung	362
4. Überlegungen zum Stiftungsbegriff	364
5. Überlegungen zum materiellen Stiftungsrecht	364
a) Ausschüttungsverbot und Zweckbindung des Vermögens als Grenzen der Rechtsmacht der Stiftungsorgane	365
b) Satzungsänderungen	365
III. Überlegungen zu Funktion und Tätigkeit der Stiftungsaufsicht	366
1. Die Gewährleistungsfunktion der Stiftungsaufsicht	366
a) Kann und soll der Staat an seiner umfassenden Gewährleistung für die Stiftung festhalten?	366
(1) Welches Interesse nimmt die Stiftungsaufsicht gegenüber den Stif- tungen wahr?	367
(2) Kann der Staat an seiner umfassenden Gewährleistung für die Stif- tung festhalten?	367
(3) Soll der Staat an seiner umfassenden Gewährleistung für die Stif- tung festhalten?	368
(4) Aufgabe der Gewährleistung gegenüber der Stiftung als Abschluß der Privatisierungstendenz in der Entwicklung des deutschen Stif- tungsrechts	369
(5) Die konzeptionelle Schwäche der zweigleisigen Gewährleistung .	369
b) Die Durchsetzung des Ausschüttungsverbotes und der Zweckbindung des Vermögens	371
2. Maßnahmen zur Entlastung der Stiftungsbehörden	372
a) Die Abfassung der Landesstiftungsgesetze	373
b) Sollte die Stiftungsaufsicht nur auf Wunsch des Stifters tätig werden? .	374
c) Die Ausweitung der stiftungsinternen Kontrolle	375
d) Die Begrenzung der Anzeige- und Genehmigungsvorbehalte	376
e) Die Übertragung von Prüfungsaufgaben auf Dritte	377
3. Alternativen zur staatlichen Aufsicht	377
a) <i>Class actions</i>	379
b) <i>Derivative suits</i>	380
c) Die <i>special-interest</i> -Lehre	381
d) <i>Relator actions</i>	382
IV. Weiterentwicklung des Stiftungsrechts im Sinne einer funktionsgerechten Dif- ferenzierung auf der Ebene der Rechtsinstitute	383
1. Das Verhältnis von gemeinwohlfördernder Stiftung und privatnütziger Stif- tung	383
a) Der Begriff der Privatstiftung	383
b) Die unterschiedlichen Schutzzwecke von gemeinwohlfördernder Stif- tung und Privatstiftung	384
c) Gründe für eine zeitliche Begrenzung der Privatstiftung	384
d) Die Rückführung der Stiftungsaufsicht bei den Privatstiftungen	387
e) Die Rechtsstellung der Begünstigten einer Privatstiftung	388
(1) Das geltende Recht	388

(2) Reformüberlegungen	390
f) Der Streit über die Rechtsnatur des Leistungsanspruchs eines Begünstigten	390
g) Die Abgrenzung von gemeinwohlfördernder Stiftung und Privatstiftung	392
2. Das Verhältnis der gemeinwohlfördernden Stiftungen des öffentlichen zu denen des privaten Rechts	393
a) Die unterschiedlichen Regelungen im Landesstiftungsrecht	394
b) Die Entstehung der beiden Stiftungstypen aus einem einheitlichen Stiftungsbegriff	396
c) Die Auswirkungen des Differenzierungsdefizits auf die Normqualität der Rechtssätze	398
(1) Die Verantwortung der Leitungsorgane	399
(2) Die Vermögensverwaltung	401
(3) Die Rechnungslegung	402
V. Bedarf es einer Begrenzung der zulässigen Stiftungszwecke?	402
1. Das Grundrecht der Stifterfreiheit	403
2. Die Stiftung als Instrument zur privaten Gestaltung des Gemeinwohls	405
3. Das Problem der Kapitalbindung an die tote Hand	406
4. Das Sonderproblem erwerbswirtschaftlicher Zwecke	407
VI. Bedarf es eines Mindeststiftungsvermögens?	410
1. Die Bedeutung der Lebensfähigkeit für die Genehmigung einer Stiftung ..	411
2. Ein Vergleich mit dem niederländischen, englischen und amerikanischen Recht	412
3. Das Gebot der Lebensfähigkeit und die Belange der Stiftungsaufsicht	414
4. Der Schutz des Stiftungsgedankens	414
5. Das Gebot der Lebensfähigkeit im Lichte des Schutzzwecks der gemeinwohlfördernden Stiftung	415
6. Exkurs: Die Stiftung auf Zeit	416
VII. Überlegungen zur Verbesserung der Transparenz im Stiftungswesen	417
1. Die Registerpublizität	417
2. Weitergehende Publizitätsvorschriften	419
a) Die Schwierigkeit, das Wettbewerbsmodell auf die Stiftungen zu übertragen	420
b) Reformüberlegungen	421
3. Die Vorschriften zur Rechnungslegung	421
a) Das geltende Recht	421
b) Die Probleme der geltenden Rechtslage	423
c) Reformüberlegungen	424
VIII. Bedarf es eines Übergangs zu einem System der Normativbestimmungen? ...	425
1. Die historische Dimension des Konzessionssystem	426
2. Die heutige Funktion des mit dem Konzessionssystem verbundenen Ermessens	427
3. Der Zusammenhang von Stiftungsprivatrecht und System zur Erlangung der Rechtsfähigkeit	428
IX. Abschließende Überlegungen zur Reform des Stiftungsrechts	428

1. Unklarheiten des geltenden Stiftungsrechts aufgrund der kodifikatorischen Fragmentierung	428
2. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes	430
a) Die Bedeutung der Neufassung des Art. 72 II GG	431
b) Die Entwicklung des Landesrechts seit dem 44. Deutschen Juristentag	432
c) Die Grundrechtsrelevanz des Stiftungsrechts	433
3. Sollte eine Regelung im Allgemeinen Teil des BGB oder in einem Bundesstiftungsgesetz erfolgen?	434
X. Zwischenergebnis	436
E. Gesamtergebnis	442
I. Die Umbruchsituation im frühen 19. Jahrhundert	442
II. Verwaltungsmodell und Treuhandmodell	443
III. Die Bedeutung Savignys für das Stiftungsrecht	444
IV. Die Stiftung als verselbständigte Vermögensmasse und als Körperschaft	445
V. Die systemimmanente Privatisierung des deutschen Stiftungsrechts	447
VI. Die Stiftung als die privatrechtliche Rechtsform zur Förderung öffentlicher Zwecke	449
VII. Ein Ausblick auf die aktuelle Reformdebatte in Deutschland	450
Literaturverzeichnis	454
Personenverzeichnis	492
Sachverzeichnis	496

Abkürzungsverzeichnis

A. 2d	Atlantic Reporter, Second Series
a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
A. B. A. J.	American Bar Association Journal
A. C.	Law Reports Appeal Cases
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
A. L. R.	American Law Reports
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl.	Amtsblatt
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AD	Appellate Division Reports New York
AGBGB HH	§§ 6–21 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch Hamburg v. 1.7.1958 (GVBl. S. 196)
AktG	Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz) v. 6.9.1965 (BGBl. I S. 1089)
allg.	allgemein
ALR	Allgemeines Landrecht
Alt.	Alternative
Am. B. Found. Res. J.	American Bar Foundation Research Journal
Am. Dec.	American Decisions
Am. Econ. Rev.	American Economic Review
Am. J. Comp. L.	The American Journal of Comparative Law
Am. J. Legal Hist.	The American Journal of Legal History
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Ann.	Annotated
AO	Abgabenordnung v. 16.3.1976 (BGBl. I S. 613)
App. Ct.	Appellate Court
App. Div.	Appellate Division
Ariz. L. Rev.	Arizona Law Review
Ariz. St. L. J.	Arizona State Law Journal
Ark. Ann. Code	Arkansas Annotated Code
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
At.	Atlantic Reporter
Aufl.	Auflage
AZG	Gesetz über die Zuständigkeiten in der allgemeinen Berliner Verwaltung i. d. F. v. 22.7.1996 (GVBl. S. 302, 472)
BAnz.	Bundesanzeiger

BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGHE	Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes (Band und Seite)
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Der Betriebs-Berater
Bde.	Bände
Bdnr.	Bandnummer
Bearb.	Bearbeitung
Begr StG BaWü	Landtag von Baden-Württemberg, 7. Wahlperiode, Drucks. 7/510 v. 16.11.1976; Gesetzesentwurf der Landesregierung, Stiftungsgesetz für Baden-Württemberg
Begr StG Bre	Bremische Bürgerschaft, 12. Wahlperiode, Drucks. 12/405 v. 10.1.1989; Mitteilung des Senats v. 10.1.1988, Bremisches Stiftungsgesetz
Begr StG Hess	Hessischer Landtag, 5. Wahlperiode, Drucks. Abteilung I, Nr. 1353, Ausgegeben am 23.4.1965, Vorlage der Landesregierung, Hessisches Stiftungsgesetz
Begr StG NRW	Landtag Nordrhein-Westfalen, 8. Wahlperiode, Drucks. 8/830 v. 17.3.1976, Gesetzesentwurf der Landesregierung, Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
Bek.	Bekanntmachung
bes.	besonders
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch v. 18.8.1886 (RGBl. S. 195)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (Band und Seite)
BHO	Bundeshaushaltsordnung v. 19.8.1969 (BGBl. I S. 1284)
Brook. L. Rev.	Brooklyn Law Review
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache (Wahlperiode und Nummer)
Buchst.	Buchstabe
Bus. Law.	Business Lawyer
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Band und Seite)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (Band und Seite)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
c.	canon
C.	Codex Justinianus (Buch, Titel, Konstitution)
CA	Companies Act
Cal.	California
Cal. App.2d	California Appellate Reports, Second Series
Cal. App.3d	California Appellate Reports, Third Series
Cal. Corp. Code	California Corporation Code
Cal. Rptr.	California Reporter

Cal. Super. Ct.	California Superior Court
Camb. L. J.	Cambridge Law Journal
Ch.	Law Reports, Chancery Division (seit 1891)
Ch.D.	Law Reports, Chancery Division (1875–1890)
Cir.	Circuit
Clev. St. L. Rev.	Cleveland State Law Review
Co.	Company
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Conn.	Connecticut
Cornell L. Q.	Cornell Law Quarterly
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
Corp.	Corporation
Ct.	Court
Ct. App.	Court of Appeals
D.	Digesten Justinians
D.C.	District of Columbia
D.C.Cir.	District of Columbia Circuit
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Del.	Delaware
Del. Gen. Corp. L.	Delaware General Corporate Law
Del. J. Corp. L.	Delaware Journal of Corporate Law
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/n
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DM	Deutsche Mark
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Drucks.	Drucksache/n
DtZ	Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
E.R.	English Reports
e. V.	eingetragener Verein
Einl.	Einleitung
Eliz. I	Regierungsperiode Elizabeth I (1558–1603)
Eliz. II	Regierungsperiode Elizabeth II (seit 1952)
Europ. Rev. Priv. Law	European Review of Private Law
f.	folgende
F.	Federal Reporter
F. 2d	Federal Reporter, Second Series
F. Supp.	Federal Supplement
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fed. Cas.	Federal Cases
Fed. R. Civ. P.	Federal Rules of Civil Procedure
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FR	Finanzrundschau

FS	Festschrift
GBl.	Gesetzblatt
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften i. d. F. d. Bek. v. 20.5.1898 (RGBl. S. 369, 810)
Gesetzesentwurf 97	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Stiftungswesens, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, BT-Drucks. 13/9320
Gesetzesentwurf 99	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Stiftungsrechts, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, BT-Drucks. 14/336
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBl. S. 1)
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung v. 20.4.1882 (RGBl. S. 477)
grs.	grundsätzlich
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
Halbs.	Halbsatz
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hg.	Herausgeber
HGB	Handelsgesetzbuch v. 10.5.1897 (RGBl. S. 219)
HJB	Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft
HMSO	Her Majesty's Stationery Office
HRG	Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte
hrsg.	herausgegeben
HZ	Historische Zeitschrift
i. d. F.	in der Fassung
I.R.C.	Inland Revenue Code
i. V. m.	in Verbindung mit
Ill.	Illinois
Ill. App. 3d	Illinois Appeal Cases, Third Series
Inc.	Incorporated
Ind. L. J.	Indiana Law Journal
Ind. L. Rev.	Indiana Law Review
insbes.	insbesondere
Inst.	Institutionen Justinians
IRS	Inland Revenue Service
Jh.	Jahrhundert
Jher. Jb.	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KB	King's Bench; Law Reports King's Bench Division
KG	Kammergericht
Komm.	Kommentar
Krit.	kritisch
L. Ed.	Lawyers' Edition Supreme Court Reports
L. J.	Law Journal

L. J.	Lord Justice
L. Q. R.	Law Quarterly Review
L. R. A.	Lawyers' Reports Annotated
L. Rev.	Law Review
lat.	lateinisch
Leigh	Leigh's Virginia Supreme Court Reports
lit.	Buchstabe
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Marq. L. Rev.	Marquette Law Review
Mass.	Massachusetts
MatSZ	Materialien aus dem Stiftungszentrum
Md.	Maryland Reports
Mer.	Merivale's Chancery Reports
Mich.	Michigan Supreme Court Reports
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
Mich. Comp. Laws	Michigan Compiled Laws
Mich. Terr. Laws	Michigan Territory Laws
Minn.	Minnesota Supreme Court Reports
Mio.	Millionen
Misc.	New York Miscellaneous Reports
Misc. 2d	New York Miscellaneous Reports, Second Series
MNCA	Model Nonprofit Corporation Act
Mo.	Missouri Supreme Court Reports
Mo. L. Rev.	Missouri Law Review
Mot.	Motive
MR	Master of the Rolls
N. Ky. L. Rev.	Northern Kentucky Law Review
N.E.	Northeastern Reporter
N.E. 2d	Northeastern Reporter, Second Series
n. F.	neue Fassung
N. H.	New Hampshire Reports
N. J.	New Jersey
N. W.	Northwestern Reporter
N. Y. 2d	New York Court of Appeals Report, Second Series
N. Y. L. Sch. L. Rev.	New York Law School Law Review
N. Y. S.	New York Supplement
N. Y. S. 2d	New York Supplement, Second Series
N. Y. U. L. Rev.	New York University Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	number
Nov.	Novelle
Nr./Nrn.	Nummer/Nummern
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NY	– New York
	– New York Court of Appeals Report

NY NPCL	New York Not-For-Profit Corporation Law
NYSBA	New York State Bar Association
Ohio Cir. Ct. Rep.	Ohio Circuit Court Reports
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
P.	Pacific Reporter
P.2d	Pacific Reporter, Second Series
Pa.	Pennsylvania Supreme Court Reports
Pepp. L. Rev.	Pepperdine Law Review
PrALR	Preußisches Allgemeines Landrecht
PrGS	Preußische Gesetzsammlung
Prot.	Protokolle
Quaderni fiorentini	Quaderni fiorentini per la storia del pensiero giuridico moderno
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Real Prop., Prob.&Tr.J.	Real Property, Probate and Trust Journal
Rev.	Revised
RG	Reichsgerichtshof
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGRK	Reichsgerichtsrätekommentar
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichtshofs in Zivilsachen (Band und Seite)
RMNCA	Revised Model Nonprofit Corporation Act
Rn.	Randnummer/Randnummern
Russ.	Russell's Reports
Ry.	Railway
S.	Seite
s./S.	siehe
S.C.	U.S. Supreme Court
S.E.	Southeastern Reporter
S.E. 2d	Southeastern Reporter, Second Series
S.W.	Southwestern Reporter
S.W. 2d	Southwestern Reporter, Second Series
Sandf.	Sandford's Reports (3-7 N.Y. Superior)
sec./secs.	Section/sections
sess.	session
sog.	sogenannte/r
Sp.	Spalte
Stan.J.L.Bus. & Fin.	Stanford Journal of Law, Business & Finance
Stat.	Statutes
StG BaWü	Stiftungsgesetz Baden-Württemberg v. 4.10.1977 (GBl. S. 408)
StG Bay	Stiftungsgesetz Bayern i. d. F. v. 26.11.1954 (GVBl. S. 126)
StG Bln	Stiftungsgesetz Berlin i. d. F. v. 3.12.1997 (GVBl. S. 622)
StG Bran	Stiftungsgesetz Brandenburg v. 27.6.1995 (GVBl. I S. 198)
StG Bre	Stiftungsgesetz Bremen v. 7.3.1989 (GBl. S. 163)

StG DDR	Stiftungsgesetz DDR v. 19.9.1990 (GBl. IDDR, S. 1483; mit Maßgaben nach Art. 3 Nr. 5 der Vereinbarung vom 18.9.1990, BGBl. II S. 1239, 1240)
StG Hess	Stiftungsgesetz Hessen v. 4.4.1966 (GVBl. 1966 I S. 77)
StG MV	Stiftungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern v. 24.2.1993 (GVBl. S. 104)
StG Nds	Stiftungsgesetz Niedersachsen v. 24.7.1968 (GVBl. S. 119)
StG NRW	Stiftungsgesetz Nordrhein-Westfalen v. 21.6.1977 (GVBl. S. 274)
StG RhPf	Stiftungsgesetz Rheinland-Pfalz v. 22.4.1966 (GVBl. S. 95)
StG Saar	Stiftungsgesetz Saarland v. 11.7.1984 (ABl. S. 889)
StG SH	Stiftungsgesetz Schleswig-Holstein v. 13.7.1972 (GVOBl. S. 123)
StiftRGE 97	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Stiftungswesens, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, BT-Drucks. 13/9320
StiftRGE 99	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Stiftungsrechts, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, BT-Drucks. 14/336
Super. Ct.	Superior Court
Supp.	Supplement
Supr.Ct.	N.Y. Supreme Court
SW. 2d	South Western Reporter, Second Series
TRG	Tijdschrift voor rechtsgeschiedenis
u.	und
u. a.	und andere
U. Arkansas	
at Little Rock L. J.	University of Arkansas at Little Rock Law Journal
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
U.S.	United States Supreme Court Reports
U.S.F. L. Rev.	University of San Francisco Law Review
U. Tol. L. Rev.	University of Toledo Law Review
US	United States
v.	– versus
	– vom/von
Va.	Virginia Supreme Court Reports
Va.L.Rev.	Virginia Law Review
Valparaiso U. L. Rev.	Valparaiso University Law Review
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review
Verf.	Verfasser
Verw. Rspr.	Verwaltungsrechtsprechung
Ves.	Vesey's Reports, Chancery
Ves. Sen.	Vesey Senior's Reports, Chancery
Vgl.	Vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 19.3.1991 (BGBl. I S. 17)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
W. L. R.	The Weekly Law Reports
W. Va.	West Virginia Supreme Court Reports

Wisc.	Wisconsin Reports
WissR	Wissenschaftsrecht
WM	Wertpapier-Mitteilungen; Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRV	Weimarer Reichsverfassung
Yale L. J.	The Yale Law Journal
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzrecht
zit.	zitiert
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZögU	Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen
ZRG (GA)	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Germanistische Abteilung)
ZRG (KA)	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Kanonistische Abteilung)
ZRG (RA)	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Romanistische Abteilung)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
Ztschr. f. d. ges. Staatswissenschaft	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
zust.	zustimmend

Einleitung

I. Die aktuelle Diskussion über eine Reform des Stiftungsrechts

Das deutsche Stiftungsrecht soll reformiert werden. Die Fraktionen des Bundestages sind sich einig, daß das geltende Stiftungsrecht den heutigen Anforderungen nicht mehr gewachsen ist¹. Dieser ernüchternden Bestandsaufnahme ist zuzustimmen. Rechtswissenschaft und Gesetzgebung behandeln das Stiftungsrecht seit langer Zeit wie ein „Stiefkind“². Sogar der Begriff der Stiftung ist nicht geklärt³. Da den Berechtigten einer Stiftung in der Regel keine subjektiven Rechte gegenüber der Stiftung zustehen, sind die Gerichte höchst selten mit dem Stiftungsrecht befaßt. Die Regelung des Stiftungsrechts im BGB umfaßt lediglich neun Paragraphen⁴. Das BGB begnügt sich mit Aussagen zur Eigenschaft der Stiftung als Rechtssubjekt, zu den formellen Voraussetzungen der Entstehung einer Stiftung und zu Rechtsfolgen des Stiftungsgeschäfts. Es stellt den in §§ 80 bis 88 BGB geregelten privatrechtlichen Stiftungen in § 89 BGB die Stiftungen des öffentlichen Rechts gegenüber, ohne allerdings zu bestimmen, wodurch sich beide unterscheiden. Die Abgrenzung zwischen den Stiftungen des öffentlichen Rechts und denen des Privatrechts ist bis heute umstritten⁵.

Die von den Bundesländern verabschiedeten Landesstiftungsgesetze ergänzen die Vorschriften des BGB⁶. Sie weisen eine unterschiedliche Regelungsdichte auf,

¹ Vgl. die Aussprache zur Reform des Stiftungsrechts im Deutschen Bundestag in der 219. Sitzung v. 12.2.1998, BT-Drucks. 13/19921. Zum Stand der aktuellen Reformdebatte vgl. vor allem *Bertelsmann Stiftung/Maecenata Institut für Dritter-Sektor-Forschung* (Hg.): Expertenkommission zur Reform des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts – Materialien. Die ca. 300 Seiten umfassende Publikation enthält Protokolle der Colloquien und Foren der Expertenkommission, Arbeitspapiere, Gesetzesentwürfe, die Protokolle der Aussprachen im Deutschen Bundestag, eine Sammlung von Artikeln, Stellungnahmen zur Arbeit der Kommission sowie die Positionspapiere der interessierten Verbände.

² So Staudinger-*Coing*, 12. Bearb., Vorbem. 2 zu §§ 80–88 BGB.

³ Vgl. Staudinger-*Rawert*, 13. Bearb., Vorbem. 3 ff. zu §§ 80 ff. BGB.

⁴ Zum Hintergrund der Arbeiten am Stiftungsrecht des BGB vgl. Staudinger-*Coing*, 12. Bearb., Vorbem. 3 zu §§ 80–88 BGB.

⁵ Vgl. aus der Literatur *Ebersbach*, Die Stiftungen des öffentlichen Rechts, S. 37 ff.; *Mestmäcker/Reuter*, Stiftungswesen in Deutschland, S. 106, 135 f.; *Westebbe*, Die Stiftungstreuhand, S. 43 f. Vgl. aus der Rechtsprechung die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 5. Februar 1974, Bayer. VerfGHE 27, 1 ff. = Rechtsprechung Stiftungsrecht II, S. 105 ff.

⁶ Dem Bund steht nach Art. 74 Ziff. 1, Art. 72 II GG für den Bereich des Stiftungsprivatrechts die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz zu. Ausführlich dazu unten D. IX.

regeln teilweise sowohl die öffentlich-rechtlichen als auch die privatrechtlichen Stiftungsformen und legen eine unterschiedliche Rechtssystematik mit abweichenden Definitionen zugrunde. Trotz der Kürze der meisten Landesstiftungsgesetze bescheinigt ihnen Flume, daß sie „viel Überflüssiges“ enthielten⁷. Da die Erlaubnis zur Errichtung einer Stiftung einer staatlichen Genehmigung bedarf und die Voraussetzungen nicht abschließend geregelt sind, steht den Genehmigungsbehörden in ihrer Genehmigungspraxis ein Ermessensspielraum zu⁸, den sie unterschiedlich handhaben⁹. Die Intensität der Aufsicht über die Stiftungen differiert von Bundesland zu Bundesland¹⁰. Das Rechtsinstitut der nicht rechtsfähigen Stiftung bleibt im BGB ebenso wie in den meisten Landesstiftungsgesetzen unerwähnt¹¹.

II. Die Reformdebatte

1. Die Reformdebatte in der Folge des 44. Deutschen Juristentages

Der 44. Deutsche Juristentag leitete im Jahre 1962 die letzte größere Debatte über die Reform des Stiftungsrechts ein¹². Sie hatte jedoch nur begrenzte Auswirkungen auf die Gesetzgebung¹³. Das läßt sich nicht zuletzt damit erklären, daß die Bereitschaft zur Ausweitung staatlicher Aktivitäten in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren einen Höhepunkt erreichte und das Betätigungsfeld privater Phil-

⁷ Flume, AT Juristische Person, S. 134.

⁸ Freilich ist diese Frage umstritten. Vgl. Staudinger-Rawert, 13. Bearb., Vorbem. 26 ff. zu §§ 80 ff. BGB.

⁹ Vgl. dazu die 1990 veröffentlichte empirische Untersuchung von Härtl, Ist das Stiftungsrecht reformbedürftig?, S. 103 ff.

¹⁰ Vgl. Härtl, Ist das Stiftungsrecht reformbedürftig?, S. 103 ff. Bedenken gegen die Ausübung der Stiftungsaufsicht durch staatliche Behörden anstelle von Gerichten im Rahmen der freiwilligen Gerichtsbarkeit haben zur Renaissance des Rechtsinstituts der nicht rechtsfähigen Stiftung und zum Ausweichen in körperschaftliche Ersatzformen der Stiftung beigetragen. Vgl. Westebbe, Die Stiftungstreuhand, S. 29; Mestmäcker/Reuter, Stiftungswesen in Deutschland, S. 106, 130; Hennerkes/Schiffer/Fuchs, Die unterschiedliche Behandlung der Unternehmensverbundenen Familienstiftung in der Praxis der Stiftungsbehörden, BB 1995, 209 ff.

¹¹ Einzelne Normen des nordrhein-westfälischen Stiftungsgesetzes gelten auch für die nicht rechtsfähigen (unselbständigen) Stiftungen (§§ 1, 2 II StG NRW). Die nicht rechtsfähigen Stiftungen sind der Stiftungsaufsicht jedoch nicht unterworfen (§ 17 StG NRW).

¹² Vgl. die Gutachten von Ballerstedt und Salzwedel sowie das Referat von Mestmäcker zu dem Thema: „Soll das Stiftungsrecht bundesgesetzlich vereinheitlicht und reformiert werden, gegebenenfalls mit welchen Grundzügen“?; Gutachten: 44. DJT, Band 1, 5. Teil; Referat: 44. DJT, Band 2, G, S. 3 ff.

¹³ In den folgenden Jahren arbeitete eine Studienkommission des DJT einen Bericht aus. Vgl. Vorschläge zur Reform des Stiftungsrechts, Bericht der Studienkommission des DJT. Außerdem entstand der Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Stiftungsrecht; abgedruckt in: Rolf Hauer u. a. (Hg.), Deutsches Stiftungswesen 1966–1976, S. 359–428. Eine Zusammenfassung des Berichts der interministeriellen Arbeitsgruppe findet sich bei Seifart, Kein Bundesstiftungsgesetz, ZRP 1978, 144 ff.

anthropie als vergleichsweise begrenzt betrachtet wurde¹⁴. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert und ein erneutes Interesse an den Stiftungen und an einer Reform des Stiftungsrechts hervorgerufen¹⁵. Zum einen hängt das Interesse am Stiftungswesen mit der fiskalischen Erschöpfung des staatlichen Gemeinwesens zusammen, das die Vielzahl der sozial-, bildungs- und kulturpolitischen Ansprüche nicht mehr zu erfüllen vermag. Zum anderen liegt es an den erheblichen Vermögenswerten, die seit dem Zweiten Weltkrieg in privater Hand entstanden sind und in gemeinnützige Stiftungen eingebracht werden könnten.

2. Aktuelle Reformentwürfe

Die von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“¹⁶ und der F.D.P.-Fraktion¹⁷ vorgelegten Reformentwürfe zielen nicht auf eine umfassende Reform des Stiftungsrechts ab und bleiben damit hinter den in der Literatur erhobenen Forderungen zurück¹⁸. Beispielsweise verzichten sie auf die Vereinheitlichung des privaten Stiftungsrechts auf Bundesebene. Die oben angesprochene Rechtszersplitterung bliebe erhalten. Damit stellte das Stiftungsrecht weiterhin ein Rechtsgebiet dar, das nur wenigen Juristen bekannt wäre und sich nicht im allgemeinen Rechtsbewußtsein durchsetzen könnte. Die der Kautelarjurisprudenz wohl vertrauten körperschaftlichen Ersatzformen der Stiftung, vor allem der eingetragene Verein und die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, würden im Spenden- und Stiftungswesen noch weiter an Bedeutung zunehmen¹⁹.

¹⁴ Vgl. *Schiller*, Stiftungen im gesellschaftlichen Prozeß (1969), S. 208 ff.

¹⁵ Für eine aktuelle Bestandsaufnahme des deutschen Stiftungswesens vgl. *Anheier*, Das Stiftungswesen in Zahlen: Eine sozial-ökonomische Strukturbeschreibung deutscher Stiftungen, S. 47 ff.; *Brummer/Ruprecht* (Hg.), Statistiken zum deutschen Stiftungswesen, *passim*; *Toepler*, Organisations- und Finanzstruktur der Stiftungen in Deutschland, ZöGU 20 (1997) 314 ff.; Verzeichnis der Deutschen Stiftungen 1997, hrsg. vom Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V., sowie den *Maecenata* Stiftungsführer, hrsg. vom *Maecenata* Verlag 1998.

¹⁶ Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Stiftungswesens, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/9320 (im folgenden im Text als „Gesetzesentwurf 97“, in den Fußnoten als „StiftRGE 97“ abgekürzt).

¹⁷ Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Stiftungsrechts, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/336 (im folgenden im Text als „Gesetzesentwurf 99“, in den Fußnoten als „StiftRGE 99“ abgekürzt).

¹⁸ Vgl. *Ballerstedt/Salzwedel*, Gutachten, 44. DJT I 5, S. 51 f.; *Mestmäcker*, Referat, 44. DJT II, S. 8 ff.; *Staudinger-Rawert*, Vorbem. 37 ff. zu §§ 80 ff. BGB.

¹⁹ Zu diesen Ersatzformen vgl. *Riehmer*, Körperschaften als Stiftungsorganisationen, *passim*; *Römer*, Die Eignung der GmbH als Rechtsform für Stiftungszwecke, *passim*.